



# Gerechtigkeit gefordert

**Rund 2 000 Mitglieder von dbb Gewerkschaften, darunter auch eine große Delegation der Verkehrsgewerkschaft GDBA, haben am 2. Februar 2006 in Berlin gegen weitere Kürzungspläne bei den Beamten demonstriert.**

**V**om Treffpunkt am Berliner Bahnhof Zoo zog ein eindrucksvoller Protestzug quer durch die Innenstadt zum Bundesinnenministerium. Dort fand am frühen Abend, unter Beteiligung des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, ein Beteiligungsgespräch im Bundesinnenministerium zum Bundessonderzahlungsgesetz und zur Änderung der Arbeitszeitverordnung statt. Für die Verkehrsgewerkschaft GDBA machte der Bundesvor-

sitzende Klaus-Dieter Hommel deutlich, dass die Schmerzgrenze erreicht und weitere Einschnitte nicht mehr hinnehmbar seien. Unterm Strich müssen die Beamtinnen und Beamten des Bundes damit rechnen, dass sie Ende 2006 womöglich zwölf Prozent weniger Gehalt in den Taschen haben werden als vor zwei Jahren. Auch die geplante Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 41 Stunden sowie eine weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes sei als reine Kampfansage zu verstehen, so Hommel.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Dieter Ondracek machte in diesem Zusammenhang deutlich: „Wer das Weihnachtsgeld kürzt, vermindert das Jahresgehalt. Das kann man nicht schönreden.“

Grundlegende Kritik richtete der dbb Vize gegen die Absicht der Bundesregierung, dem öffentlichen Dienst Kürzungen im Umfang von einer Milliarde Euro abzuverlangen. „Damit sollen die Bundesbeamten in einem Maß zur Konsolidierung der öffentlichen Kassen herangezogen werden, das keine andere Berufsgruppe in den vergangenen Jahren hinnehmen musste.“ Während beispielsweise der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt von 1996 bis

2005 von 36,5 auf 50,4 Prozent gestiegen sei, habe sich der Anteil der Personalausgaben durch Sparmaßnahmen und Stellenkürzungen bei den Bundesbeamten im selben Zeitraum von 11,6 auf 10,6 Prozent verringert.

Klaus-Hilger Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, betonte: „Wir sind keine Leibeigenen und keine Empfänger von Almosen. Zwölf Prozent Einkommenskürzung in zwei Jahren sind gemessen an unseren Leistungen alles andere als gerechtfertigt. Das Maß ist voll!“ Er verlas vor dem Bundesinnenministerium eine Resolution, die an den Dienstherrn gerichtet war. Darin hieß es:

- Wir protestieren gegen das Diktat der Bundesregierung, den desolaten Haushalt mit ungerechten Sonderopfern auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfänger zu sanieren.
- Der Bund hat seit 1990 mehr als 100 000 Arbeitsplätze vernichtet und mit seiner Gehaltspolitik dazu beigetragen, dass die Konjunktur eingebrochen ist.
- Wir werden wie jeder andere Bürger, jedoch ohne Gegen-

leistung, bereits zur Sanierung der Haushalte, der Renten und der Gesundheitssysteme herangezogen. Also: Keine weiteren Sonderopfer!

Die Staatsdiener beteiligen sich an den 80 Milliarden Euro für die Renten aus dem Bundeshaushalt und zahlen seit Jahren ohne Gegenleistung Öko-Steuer und eine höhere Mehrwertsteuer ab 2007.

- Wir protestieren gegen die erneute Verlängerung der Arbeitszeit und die erneute Kürzung der Sonderzuwendung. Wir fordern den Bundesinnenminister auf, endlich die Wahrheit zu sagen und nicht so zu tun, als wenn der Bund nur das nachholt, was die Länder bereits vollzogen haben. Es geht nicht um 12,5 Minuten, sondern um weiteren Personalabbau, Einstellungsstopp, Beförderungsstopp.
- Wir sind keine Leibeigenen und keine Empfänger von Almosen! Wir fordern nicht mehr als gerechte Behandlung! Maßstab für uns Beamte ist der TVöD – und nicht Hartz IV.

Wir haben Anspruch auf eine leistungsgerechte Bezahlung, Gehaltserhöhungen für 2005 bis 2007 und faire Behandlung. Das Berufsbeamtentum ist auf Lebenszeit angelegt und garantiert die Unabhängigkeit der Staatsdiener. Der Preis dafür ist das Streikverbot und die Folgepflicht. Deshalb sind wir noch lange keine Bittsteller.

Zwölf Prozent Einkommenskürzung in zwei Jahren sind unsozial und zeugen von Eiseskälte und Verlogenheit der Politik, die im Bundesdienst mit zweierlei Maß misst.

Und GDBA-Chef Hommel drohte im Anschluss: „Wenn unser Protest heute nichts bewirkt, dann kommen wir morgen wieder. Die gut 2 000 dbb Demonstranten vor dem Bundesinnenministerium in Berlin klatschten begeistert Beifall.“ tz

*Siehe auch Seite 16*